

# Inhaltsverzeichnis

1	<i>Einleitung</i>	9
2	<i>Die Konvergenzkriterien für die Einheitliche Währung nach dem EG-Vertrag</i>	11
2.1	Die Wirtschafts- und Währungsunion als Ziel der europäischen Einigung	11
2.2	Historischer Überblick	12
2.3	Der Zeitplan für die Währungsunion nach dem EG- Vertrag	13
2.3.1	Die erste Stufe	13
2.3.2	Die zweite Stufe	14
2.3.3	Die dritte Stufe	17
2.4	Die Konvergenzkriterien nach dem EG- Vertrag: Inhalt und Sinn	20
2.4.1	Das Konvergenzkriterium der Preisstabilität	22
2.4.2	Das Kriterium der tragbaren öffentlichen Finanzlage	22
2.4.3	Das Wechselkurskriterium	24
2.4.4	Das Konvergenzkriterium des langfristigen Zinssatzes	24
2.4.5	Problematische Aspekte der Konvergenzkriterien	25
2.5	Der Übergang in die dritte Stufe der WWU	26
2.6	Argumente für und Bedenken gegen die Einheitliche Währung	28
2.7	Die WWU als Stabilitätsgemeinschaft	30
3	<i>Der finanzpolitische Rahmen der Währungsunion</i>	32
3.1	Monetäre Integration und Haushaltsdisziplin	32
3.2	Vertragliche Grundlagen	34
3.2.1	Das multilaterale Überwachungsverfahren nach Art. 99 EG	34
3.2.2	Die Haushaltsdisziplin nach Art. 104 EG	35
3.2.2.1	Die Rechtspflicht des Art. 104 EG	37
3.2.2.2	Die Überwachung der Haushaltsdisziplin	38
3.2.2.3	Die Referenzwerte und ihre Ausnahmetatbestände	40
3.2.2.4	Begriff des übermäßigen Defizits	41
3.2.2.5	Die Maßnahmen zur Beseitigung des übermäßigen Defizits	42
3.3	Die Entscheidung des Rates über die Existenz eines übermäßigen Defizits	44
3.3.1	Koalitionenbildung im Rat: Gefahr für die Stabilität	45
3.4	Die „Budgetkosmetik“ der Mitgliedstaaten: Haushaltsmanipulationen	46
3.5	Die Probleme des Haushaltsüberwachungsverfahrens nach Art.104 EG	47
3.6	Der Vorschlag eines Stabilitätspaktes: Hilfsmittel zur Funktionsfähigkeit der WWU ?	49
4	<i>Die dauerhafte Stabilität des Euro: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt</i>	50
4.1	Zur Entstehungsgeschichte des Paktes	50
4.1.1	Ein Stabilitätspakt für Europa: Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Waigel	50
4.1.2	Elemente des geplanten „Stabilitätspakt für Europa“	51
4.1.2.1	Referenzwerte	51
4.1.2.2	Sanktionsmechanismus	52
4.1.2.3	Stabilitätsrat	52
4.1.3	Das Gipfeltreffen von Dublin	53

4.1.3.1 Die politische Diskussion um den Stabilitätspakt	54
4.1.4 Gemeinschaftsrechtliche Genesis des Paktes	55
4.2 Struktur und Inhalt des Paktes	57
4.2.1 Die „Frühwarnsystem“ Verordnung	57
4.2.1.1 Das mittelfristige Haushaltsziel	58
4.2.1.2 Stabilitäts- und Konvergenzprogramme	58
4.2.1.3 Prüfung und Überwachung der Programme	59
4.2.2 Die Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit („Abschreckungs“ Verordnung)	60
4.2.2.1 Begriffsbestimmungen: „außergewöhnlich und vorüber- gehend“	61
4.2.2.2 Beschleunigung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit	62
4.2.2.3 Die Sanktionen	64
4.2.3 Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt	65
4.2.4 Der Sanktionsmechanismus: Ein Quasi-Automatismus	68
4.3 Die rechtlichen Grundlagen für die sekundärrechtliche Umsetzung des Stabilitätspaktes	70
4.3.1 Art. 99 Abs. 5 EG als Rechtsgrundlage für die „Frühwarnverordnung“	70
4.3.2 Beschleunigung und Klärung des Defizitverfahrens gemäß Art. 104 Abs.14 EG	71
4.4 Weitere Optionen für die Umsetzung des Stabilitätspaktes	73
4.4.1 „Freistehender Stabilitätspakt“	73
4.4.2 Zusatzvereinbarung	73
4.4.3 Vertragsänderung durch Art. 48 EU	73
4.4.4 Verweigerung von Leistungen aus den Kohäsions- und Strukturfonds	73
4.4.5 Völkerrechtlicher Vertrag	74
4.4.5.1 Zur Vertragsschlußkompetenz der Mitgliedstaaten	74
4.4.5.2 Vereinbarkeit des Stabilitätspaktes zu den Zielen der Währungsunion	76
4.4.5.3 Zur gemeinschaftsrechtlichen Zulässigkeit des Stabilitätspaktes	77
4.4.6 Zusatzvereinbarung	81
4.4.7 Vertragsänderung	82
4.4.8 Verweigerung von Leistungen aus den Kohäsions- und Strukturfonds	83
4.5 Die Durchsetzung des Stabilitätspaktes: Die rechtliche Kontrolle durch den EuGH	84
4.5.1 Kontrolle der Verordnungen durch den EuGH	85
4.5.2 Vertragsverletzungsverfahren	85
4.5.3 Weitere Klagemöglichkeiten	87
4.5.3.1 Nichtigkeitsklage	87
4.5.3.2 Untätigkeitsklage	87
4.5.4 Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitätspakt	88
4.6 Die Durchsetzung des Stabilitätspaktes im Bundesstaat	89
4.6.1 Problemlage	89
4.6.2 Die Budgetautonomie der deutschen Länder	91
4.6.3 Die Bindung der deutschen Länder an das Gemeinschaftsrecht	92

4.6.4 Die innerstaatliche Durchführung öffentlicher Haushaltsdisziplin in Deutschland	93
4.6.5 Der Vorschlag des Bundesministeriums der Finanzen	94
4.6.6 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen	96
4.6.6.1 Allgemeines	96
4.6.6.2 Art. 109 Abs. 3 GG	96
4.6.6.3 Art. 109 Abs. 4 GG	97
4.6.6.4 Ergebnis	100
4.7 Die Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung und der Euro-Rat	101
4.8 Die Beschäftigungsfrage	103
5 <i>Schlußbemerkungen</i>	106
6 <i>Rechtsetzungsakte</i>	108
6.1 Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (ABl. Nr. L 209/1 vom 2. 8. 1997)	108
6.2 Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. Nr. L 209/6 vom 2. 8. 1997)	117
6.3 Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt, Amsterdam, 17. Juni 1997 (ABl. Nr. C 236/1 vom 2. 8. 1997)	126
7 <i>Summary: Legal and political problems of the Stability and Growth Pact</i>	130
8 <i>Literaturverzeichnis</i>	133